

**Ufermauerrückbau und Wiederherstellung
naturnaher Böschungen, in Demitz- Thumitz
am Hoyerswerdaer Schwarzwasser**

Projekt-Nr.: 6.271.3061.004

Auftraggeber:



Betrieb Spree/ Neiße
Am Staudamm 1
02625 Bautzen

Planungsphase:

Baubeschreibung

1. Inhaltsverzeichnis

Ziffer	Inhalt	Seite
1.	Vorbemerkungen	3
1.1	Allgemeine Hinweise	3
1.2	Nachunternehmer	3
2.	Beschreibung der Baumaßnahme	4
2.1	Bauherr	4
2.2	Zweck und Umfang des Vorhabens	4
2.3	Bestehende Verhältnisse	4
2.4	Ökologische Situation und Schutzgebiete	6
3.	Angaben zur Baudurchführung	6
3.1	Bauzeit	6
3.2	Beweissicherung	6
3.3	Baustelleneinrichtung und Zufahrten	6
3.4	Baustelleneinrichtung und -organisation	6
3.5	Erschließung, Zufahrten	6
3.6	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	7
3.7	Lager- und Arbeitsplätze	8
3.8	Schutzbereiche und vorhandene Anlagen	8
3.9	Immissionsschutz	8
3.10	Provisorische Zufahrten	11
3.11	Baubeihilfe	11
3.12	Oberflächenwasser / Hochwasser	11
3.13	Grünanlagen und Baumbestand	12
3.14	Bauzeit	12
3.15	Verkehrsführung	13
3.16	Unfallschutz	13
3.17	Ausführung	13
3.18	Entsorgung von Aushub- und Abbruchmaterial	14
3.19	Kalkulation und Abrechnung	14
3.20	Vom Auftragnehmer zu beschaffende Ausführungsunterlagen	14
3.21	Protokolle, Dokumentenmappe	15
3.22	Technische Vertragsbedingungen	16

1. Vorbemerkungen

1.1 Allgemeine Hinweise

Die nachfolgenden Angaben befreien den Bieter nicht von der Verpflichtung, zur genauen Prüfung der für das Angebot und die Durchführung der Bauarbeiten maßgebenden örtlichen Verhältnisse. Sämtliche in der Baubeschreibung aufgeführten Erschwernisse, Behinderungen und Bedingungen sind bei den Pauschal- und Einheitspreisen zu berücksichtigen.

Es gehört zu den Aufgaben des Bieters, sich von der Vollständigkeit der Verdingungsunterlagen zu überzeugen.

Bei Widersprüchen in den Verdingungsunterlagen gilt der Langtext des Leistungsverzeichnisses.

Der Bieter hat spätestens mit der Angebotsabgabe auf erkannte Unstimmigkeiten in den Ausschreibungsunterlagen oder in den zur Verfügung stehenden Planungsunterlagen, Baugrundgutachten o.ä. schriftlich hinzuweisen.

Als Bieter kommen nur leistungsfähige Firmen in Frage. Mit der Unterzeichnung des Angebotes erklärt der Bieter, dass das zur Durchführung der Arbeiten benötigte Fachpersonal und die notwendigen Maschinen und Geräte zur Verfügung stehen und die festgelegten Termine zuverlässig eingehalten werden.

Für alle in der nachstehenden Leistungs- und Baubeschreibung nicht besonders erwähnten oder präzisierten Liefer- und Leistungsaufgaben des Bieters gelten die Vorschriften der VOB Teil C: „Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) als nachrangige Angebotsbedingungen und im Auftragsfall als nachrangiger Bestandteil des Bauvertrages.

1.2 Nachunternehmer

Nachunternehmer sind dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen.
Der AG behält sich eine Ablehnung des Nachunternehmers vor.

2. Beschreibung der Baumaßnahme

2.1 Bauherr

Bauherr des Vorhabens „Ufermauerrückbau und Wiederherstellung naturnaher Böschungen, in Demitz-Thumitz am Hoyerswerdaer Schwarzwasser“, Projekt-Nr.: 6.271.3061.004, ist die Landestalsperrenverwaltung Sachsen, Betrieb Spree/ Neiße, Am Staudamm 1, 02625 Bautzen.

2.2 Zweck und Umfang des Vorhabens

Rückbau der rechtsseitigen Ufermauer, anschließende Wiederherstellung naturnaher Böschungen und Einbau von Gewässerstrukturelementen.

2.3 Bestehende Verhältnisse

Das Hoyerswerdaer Schwarzwasser ist Gewässer I. Ordnung, führt als geregeltes Gewässer durch die Ortslage Demitz-Thumitz.

Die gesamte Wasserführung wird oberhalb vom Hochwasserrückhaltebecken Schmölln maßgeblich reguliert.

Hochwasserschutzanlagen sind in der betreffenden Gewässerstrecke zwischen ca. Fkm 46+100 bis ca. Fkm 46+147 nicht vorhanden.

Die vorhandene Ufermauer auf der rechten Seite besteht aus typischen Lausitzer Festgestein.

In der Untersuchung zur „Hochwasserschadensbeseitigung 08/2010 und 09/2010 an den Gewässern I. Ordnung des Betriebes Spree / Neiße zur Prüfung der Notwendigkeit von Ufermauern aus wasserbaulicher Sicht und wasserwirtschaftlicher Notwendigkeit“ /4/ wurden die Schäden in der Ufermauer mit den laufenden Nummern 39 und 40 dokumentiert.

Die Gewässersohle besteht aus Geröll und Sedimentablagerungen.

Lage des Vorhabens

Das Bauvorhaben befindet sich im Kreisgebiet des Landkreises Bautzen, in 01877 Demitz-Thumitz.



Abb. 1: Lageplan mit Darstellung des Baubereichs

Quelle: Herausgeber: Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen
Geobasisdaten Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung
Sachsen. Jede weitere Vervielfältigung, Verwendung für sonstige
Zwecke oder Weitergabe an sonstige Dritte ist unzulässig.

Bauanfang:	Flusskilometer:	ca. 46+ 100
	N:	566 5067
	E:	44 6603

Bauende:	Flusskilometer:	ca. 46+147
	N:	566 5052
	E:	44 6562

Topographische Grundlagen

Die Entwurfsvermessung wurde durch das Vermessungsbüro T. Schrimpf, Rosa-Luxemburg-Straße 6, 02827 Görlitz, durchgeführt.

Neben der Topographie sind alle Liegenschaftsverhältnisse in den Plänen dargestellt. Diese dienen lediglich zur Übersicht.

Rechtsverhältnisse lassen sich daraus nicht ableiten.

2.4 Ökologische Situation und Schutzgebiete

Grundlage sind die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und Durchgängigkeitsprogramm des Freistaates Sachsen. Ziel der WRRL ist, einen guten ökologischen Zustand EU-weit bis 2027 herzustellen.

Ziel ist die Beseitigung der Ufermauern und Wiederherstellung naturnaher Böschungen bei gleichzeitiger Aufwertung der Fließgewässerstruktur/ ökologischen Gewässerdurchgängigkeit.

Der betreffende Gewässerabschnitt vom Hoyerswerdaer Schwarzwasser zählt biozönotisch zum Fließgewässertyp 5, „Grobmaterialreicher, silikatischer Mittelgebirgsbach“.

Hauptvertreter sind strömungsliebende Arten wie die Bachforelle.

Das geplante Bauvorhaben befindet sich in keinem Naturschutz- oder FFH- Gebiet.

Die betreffende Gewässerstrecke ist als geschütztes Biotop, Biotopnummer: 1709-014, FBN-Flachlandbach kartiert.

Die geplante Instandsetzung ist als aufwertende Maßnahme zu bewerten und damit kein „Biotopeingriff“.

Damit entfällt ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung / Befreiung von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG und § 21 SächsNatSchG (geschützte Biotope).

Parallel wird die zuständige Fischereibehörde in die Ausführung einbezogen.

Hinsichtlich der uneingeschränkten Fischotterdurchgängigkeit unterstützt die geplante Baumaßnahme den Artenschutz.

Mit dem Rückbau der Ufermauern und der Wiederherstellung naturnaher Böschungen ist es dem Otter möglich, ungehindert in bzw. aus dem Gewässer zu gelangen.

Alle Arbeiten stellen eine deutliche Verbesserung gegenüber dem IST-Zustand dar.

3. Angaben zur Baudurchführung

3.1 Bauzeit

Baubeginn ist der 11.08.2025. **Im Gewässer sind alle Arbeiten bis 30.09.2025 fertigzustellen.**
Bauende für alle übrigen Leistungen ist der 17.10.2025.

3.2 Beweissicherung

Im Vorfeld der Bauarbeiten ist ein rechtssicheres Beweisgutachten zu erstellen.
Neben der Aufnahme des IST-Zustands an wasserbaulichen Anlagen, umliegender Infrastruktur und Vegetation ist ein besonderes Augenmerk auf alle angrenzenden Gebäude zu richten.

3.3 Baustelleneinrichtung und Zufahrten

Für die Gewässerzufahrt, Flurstücke 167/1 und 167/5, wurden zwischen der LTV und den Grundstückseigentümern bauzeitliche Nutzungsvereinbarungen geschlossen.

Das Gewässer im betreffenden Baubereich befindet sich auf dem Flurstück 372/16.

Die Befahrung im Gewässerrandstreifen/ Arbeiten am Gewässer werden nur von der rechten Seite aus durchgeführt.

Im geplanten Bauumfeld ist grundsätzlich mit beengten Platzverhältnissen zu rechnen.

Aus Erfahrungen vergleichbarer Bauvorhaben steigen nach Starkniederschlägen die Wasserstände schnell an.

Für den Bauzeitraum ist daher mit latenter Hochwassergefährdung zu rechnen. Die Lagerung von Materialien ist nur auf ausgewiesenen Flächen und nur im Umfang von Tagesverbrauchsmengen zulässig.

Täglich nach Arbeitsende sind alle Geräte aus Gefährdungsbereich zu räumen.

3.4 Baustelleneinrichtung und -organisation

Das Bauvorhaben wird im Auftrag der Landestalsperrenverwaltung des FS Sachsen, Betrieb Spree/ Neiße durchgeführt.

Die Baustelleneinrichtung und Einrichtung aller erforderlichen Lagerplätze obliegen dem ausführenden Baubetrieb im Rahmen seiner Technologie.

3.5 Erschließung, Zufahrten

Im Übersichtsplan sind die Lage der Baustelle, deren verkehrstechnische Anbindung sowie alle besonderen Randbedingungen eingetragen.

Die Baustelle ist über das Ortsstraßennetz von Demitz- Thumitz, S155/ Schmöllner Straße, zu erreichen.

Für alle Bereitstellungsflächen sowie Baustellenein- und ausfahrt sind bei der zuständigen Gemeindeverwaltung und/ oder zuständigen Verkehrsbehörde, Verkehrsrechtliche Anordnungen und ggf. Nutzungsgenehmigungen zu beantragen.

Grundsätzlich ist von einem erschwerten Zugang infolge der innerörtlichen Lage- und teilweise sehr engen Platzverhältnisse auszugehen.

Besonderheit:

Die Baustellenzufahrt ist gleichzeitig für die örtliche Feuerwehr als Zugang zur Löschwasserentnahmestelle durchgehend freizuhalten. Hier ist drauf zu achten, dass in enger Abstimmung mit der zuständigen Wehrleitung die Zufahrt möglich oder Ausweichstellen abgestimmt sind.

Bei der Kalkulation der Einheitspreise sind neben der Baustellenzufahrt die begrenzt zur Verfügung stehenden Lager- und Arbeitsflächen zu erkundenden und daraus resultierenden Erschwernissen einzukalkulieren.

Nach Nutzungsende werden alle Flächen wieder in ihrem ursprünglichen Zustand hergerichtet.

3.6 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten für Ver- und Entsorgungsleitungen wie Strom, Telekom, Wasser und ggf. Abwasser muss der Auftragnehmer selbst erkunden und herstellen.

Dafür anfallende Kosten sind in der Position „Baustelle einrichten“ zu berücksichtigen.

Leitungsrechtinhaber:

- ENSO NETZ
Regionalbereich Bautzen
Dresdner Straße 55
02625 Bautzen
- Deutsche TELEKOM
Technik GmbH
01059 Dresden
- Info-Kabel GmbH
Bahnhofstraße 24
01877 Bischofswerda
- Wasserversorgung Bischofswerda GmbH
Belmsdorfer Str. 27
01877 Bischofswerda
- Gemeindeverwaltung Demitz- Thumitz
Hauptstraße 43
01877 Demitz- Thumitz

3.7 Lager- und Arbeitsplätze

Flächen für die Baustelleneinrichtung, Bereitstellungsflächen, Zwischenlager und Arbeitsplätze stehen im unmittelbaren Bauwerksbereich nur in begrenztem Umfang zur Verfügung.

Die Baustellenzufahrt/ Baustraße auf der rechten Seite vom Gewässer sind mit den Grundstückseigentümern vorabgestimmt.

Im Vorfeld hat sich der AN über die Möglichkeiten der Flächennutzung und der Flächengestaltung zu informieren.

Zusätzliche Flächen hat der AN auf eigene Kosten anzumieten. Alle genutzten Flächen sowie deren Zufahrten hat der Auftragnehmer nach Abschluss der Baumaßnahme wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Freistellungsbescheinigungen der Grundstückseigentümer sind nach Bauende bzw. vor der Abnahme dem AG für alle betroffenen und genutzten Grundstücke vorzulegen.

Baustelleneinrichtung und Lagerplätze sind außerhalb des Gewässers und Überflutungsflächen vorzusehen. Die Lagerung von Materialien darf in Gefährdungsbereichen nur im Umfang von Tagesverbrauchsmengen erfolgen.

Täglich nach Arbeitsende sind alle Geräte aus Gefährdungsbereich zu räumen.

3.8 Schutzbereiche und vorhandene Anlagen

Vor Beginn der Bauarbeiten ist eine Begehung der Baubereiche unter Federführung des Auftragnehmers, im Beisein der Auftraggeber sowie der Bauleitung durchzuführen, bei der der Zustand der baulichen Anlagen, Oberflächenbefestigungen und dergleichen festzuhalten ist. Festgestellte Schäden sind an Hand von Fotos zu dokumentieren und anschließend der Bauleitung auszuhändigen.

Die Bauarbeiten sind so durchzuführen, dass Schäden nicht auftreten können. In Folge der Bautätigkeit aufgetretene Schäden sind auf Kosten des Auftragnehmers zu beseitigen.

Der Auftragnehmer hat sich vor Ausführung der Arbeiten über die Lage von Leitungen, Kabeln (Dränen), Kanälen und Ähnlichem im Bereich der Baustelle beim zuständigen Träger der Ver- und Entsorgungsanlagen zu unterrichten und die Schachterlaubnisscheine einzuholen.

In dem Zusammenhang sei auf die Besonderheit von Brauchwasserbrunnen auf der linken Gewässerseite hingewiesen. Hier betreiben nahezu alle Anlieger einen Brunnen und queren mit ihren Leitungen die Gewässersohle.

Bei Kreuzungen und Näherungen mit vorhandenen Leitungen und Kabeln ist grundsätzlich Handschachtung auszuführen.

Mit der Bauausführung darf erst begonnen werden, wenn die vorhandenen Versorgungsleitungen und Kabel sichtbar gekennzeichnet sind.

3.9 Immissionsschutz

Bei der Durchführung aller Arbeiten sind die entsprechenden Gesetze und Verordnungen des Umweltschutzes, insbesondere für Landschaftsschutz, Abfallbeseitigung, Wasser- und Luftreinhaltung sowie Lärmschutz zu beachten.

Es ist sicherzustellen, dass bebaute Grundstücke und deren Einrichtungen nicht durch Staub, Erschütterungen, Lärm und dergleichen derart beeinträchtigt werden, dass dadurch Ausgleichsansprüche im Sinne des § 906 Absatz 2 BGB entstehen.

Insbesondere sind zur Vermeidung von Staubbeeinträchtigungen geeignete Vorkehrungen zu treffen, die im Zweifelsfall mit dem Auftraggeber abzustimmen sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber - ohne Rücksicht auf Verschulden - von allen Ansprüchen Dritter (Ausgleichsansprüche) freizustellen.

Auf die Anlieger im näheren Umfeld der Baustelle ist größtmögliche Rücksicht zu nehmen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Forderungen der „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Schutz gegen Baulärm“ vom 19.08.1970 beachtet werden.

Nacht- und Wochenendverkehr für die Baustellenversorgung ist auszuschließen.

Die Errichtung und der Betrieb der Baustelle einschließlich des Transports des Baumaterials haben so zu erfolgen, dass die gültige Lärmschutzverordnung eingehalten wird. Aufwendungen hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Durch die Baudurchführung dürfen keine vermeidbaren Immissionen an die Umwelt abgegeben werden. Das Bundesimmissionsschutzgesetz ist einzuhalten.

Im gesamten Baustellenbereich ist aus Gründen des Umwelt- und Grundwasserschutzes auf sorgsamem Umgang mit Betriebs- und Schmierstoffen zu achten. Die Technik ist mit biologisch abbaubaren Stoffen zu betreiben.

Bei der Geräuschemission von Dieselmotoren, Kompressoren und anderen Aggregaten darf der Schallpegel 75 dB (A), bzw. bei Rammen 85 dB (A), gemessen am nächsten Gebäude, nicht übersteigen. Dies erfordert den Einsatz von besonders schallgedämmten Maschinen. Mehrkosten für die vorgenannten Emissionsschutzmaßnahmen sind in die Einheitspreise einzurechnen. Eine besondere Vergütung hierfür erfolgt nicht.

Den Forderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschemissionen - vom 19.08.1970 (Bundesanzeiger- Nr. 160) ist zu entsprechen.

Die Baustelle ist so einzurichten und zu betreiben, dass eine Verunreinigung des Gewässers und des Geländes durch Mineralöle, Benzine, Diesel und Fett oder andere wassergefährdende Stoffe ausgeschlossen werden kann.

Im Einzelnen sind vorzusehen:

- Mineralöle und sonstige wassergefährdende Stoffe dürfen nur in doppelwandigen Behältern mit Leckanzeige oder ausreichend dimensionierten Auffangwannen gelagert werden. Die Verordnungen und technischen Regeln für die Lagerung von wassergefährdenden bzw. brennbaren Flüssigkeiten sind sinngemäß anzuwenden. Für wassergefährdende Stoffe gilt die Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (VAwS) vom 10.10.1994 (GV.NW Nr. 74).

- Wassergefährdende Wartungs- und Reparaturarbeiten (zum Beispiel Waschen, Ölwechsel) sind im Baubereich nicht gestattet.

- Die Baumaschinen und -geräte müssen den Sicherheitserfordernissen genügen, in einem wartungstechnisch einwandfreien Zustand und gegen Tropfverluste gesichert sein. Sie sind vor ihrem Einsatz einer gesonderten technischen Überprüfung auf Dichtheit hinsichtlich des Verlustes von Kraft- und Schmierstoffen (Druckproben bei Hydraulikeinrichtungen) zu unterziehen. Die Überprüfung ist anzuzeigen und nachzuweisen.
- Die Hydraulikanlagen sämtlicher einzusetzender Maschinen und Geräte sind mit einem Öl nicht wassergefährdender Art zu betreiben.
- Während der Bauarbeiten ist ständig dafür zu sorgen, dass keine das Wasser gefährdenden Stoffe oder Flüssigkeiten in den Boden, die Kanalisation oder das Gewässer gelangen.
- Trotzdem in den Boden oder das Gewässer gelangte Schadstoffe sind unverzüglich zu beseitigen. Ölbindemittel sind in einer ausreichenden Menge bereitzuhalten. Die Mittel müssen auch an der Wasseroberfläche wirksam sein. Die Eignung des gewählten Ölbindemittels ist nachzuweisen. Schadensfälle sind unverzüglich dem Auftraggeber, der Unteren Wasserbehörde und der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen. Ölverseuchter Boden muss sofort zu einer Verbrennungsanlage einer amtlich zugelassenen Entsorgungsstelle abgefahren werden.
- Jedes Baufahrzeug bzw. Baumaschine/Baugerät ist mit einem Ölset auszurüsten, das mind. 60 l Öl bindet.
- Das gesamte Baustellenpersonal muss zu Beginn der Arbeiten schulungsgemäß über alle Maßnahmen zum Schutz des Wassers im Baustellenbereich unterrichtet werden. Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber einen Ingenieur benennen, der verantwortlich ist, dass alle Schutzmaßnahmen auf der Baustelle eingehalten werden und der das Personal unter Zugrundelegung eines Ölalarmplanes unterrichtet.
- Der Ölalarmplan ist vor Beginn der Bauarbeiten vom Auftragnehmer gemeinsam mit dem AG abzustimmen und an der Baubüro-Außenwand in der Nähe des Bautelefans gut sichtbar und dauerhaft anzubringen. Bei Unfällen, die eine Gewässergefährdung zur Folge haben könnten, müssen die notwendigen Gegenmaßnahmen sowie die hinzuzuziehenden bzw. zu unterrichtenden Stellen zu ersehen sein.

3.10 Provisorische Zufahrten

Die Erschließung von anliegenden Grundstücken ist während der gesamten Bauzeit sicher zu stellen. Provisorische Zufahrten sind, soweit erforderlich, während der Bauzeit ständig zu unterhalten. Bei Bedarf sind sie nachzuarbeiten und bei großer Trockenheit anzufeuchten. Die Baustellenorganisation ist so durchzuführen, dass die Zufahrt für Versorgungs- und Rettungsfahrzeuge gewährleistet ist.

Nach Beendigung der Arbeiten sind die provisorischen Zufahrten zurückzubauen. Abbruchmaterial geht in Eigentum des Auftragnehmers über und ist von der Baustelle zu entfernen. Benutzte Flächen und Wege sind entsprechend dem ursprünglichen Zustand unter Wahrung der landschaftspflegerischen Belange ordnungsgemäß herzurichten, Verunreinigungen sind zu beseitigen.

Die hieraus entstehenden Mehraufwendungen des AN sind bei der Kalkulation der Einheitspreise zu berücksichtigen.

3.11 Baubehelfe

Für alle Bauarbeiten am Hoyerswerdaer Schwarzwasser sind entsprechend den Arbeitsschutzbestimmungen erforderliche Bauhilfen vorzusehen. Bei Hochwassergefahr sind alle Baubehelfe aus dem Gewässer sowie von Überflutungsflächen zu entfernen.

3.12 Oberflächenwasser / Hochwasser

Während der gesamten Bauzeit ist der Auftragnehmer für die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers auf der Baustelle und deren Einzugsgebiet allein verantwortlich. Insbesondere die angrenzenden Gebäude und Grundstücke sind vor Wassereintritt zu schützen. Umwelt- bzw. wassergefährdende Stoffe dürfen nicht in den Boden und die Gewässer eingeleitet werden, sondern sind auf Kosten des Auftragnehmers umweltgerecht zu entsorgen.

Es muss damit gerechnet werden, dass während der Bauzeit durch Hochwasser der Wasserspiegel schnell ansteigen kann.

Vor Baubeginn ist ein Havariemaßnahmeplan, Muster gibt die LTV vor, vorzulegen und bestätigen zu lassen.

Für die Baustelle wird als Schutzziel festgelegt: Wasserstand über 20 cm,
 $Q \text{ ca. } 0,70 \text{ m}^3/\text{s} \gg 0,35 \text{ m}^3/\text{s} \approx 5 \cdot 0,07 = 5 \times \text{MQ}.$

Auf der Baustelle ist eine bauzeitliche Pegelmessung einzurichten. Der Wasserstand ist arbeitstäglich abzulesen und im Bautagebuch aufzuzeichnen.

Der AN hat die Baustelle einschließlich der Baustelleneinrichtung eigenverantwortlich gegen Hochwasser zu schützen. Sämtliche Sicherungsmaßnahmen sind in den entsprechenden Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Der AN hat sich bei den verfügbaren Informationsquellen über die aktuelle Wetterlage und bestehende Hochwasserlage zu informieren.

Informationsquelle	erreichbar unter	Information
Internet	https://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/infosysteme/lhwz/index.html http://www.hochwasserzentrum.sachsen.de/	Aktuelle Wasserstände Aktuelle Durchflüsse Hochwasserwarnungen Hochwasservorhersagen (grafisch)
App	Meine Pegel	Aktuelle Wasserstände Aktuelle Durchflüsse Hochwasserwarnungen Hochwasservorhersagen (grafisch)
Sprachausgabe Hochwasserwarnungen	(0351) 8928 261	Aktuelle Informationen
Messwertansage im Landeshochwasserzentrum	(0351) 8928 260	Aktuelle Wasserstände
MDR-Videotext	Videotext ab Seite 500	Aktuelle Wasserstände

3.13 Grünanlagen und Baumbestand

Sämtliche Arbeiten sind so auszuführen, dass benachbarte Bäume und Sträucher nicht beschädigt werden. Durch den Auftragnehmer sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Bestand zu schützen. Die Vorschriften der DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen sind einzuhalten.

Es ist die RAS-LP 4 in der gültigen Fassung vom 2004 zu beachten. Insbesondere haftet der AN auch für aus der Bautätigkeit aufgetretene Folgeschäden an der vorhandenen Bepflanzung.

3.14 Bauzeit

Baubeginn: **11.08.2025**

Bauende im Gewässer: **30.09.2025**

Bauende übrige Arbeiten außerhalb v. Gewässer: **17.10.2025**

Für die Baustelle ist eine 5 Tage Arbeitswoche festgelegt.

Bei Verzögerungen im Bauablauf die der AN zu verschulden hat, kann der Bauherr eine 6 Tage Arbeitswoche ohne Nachforderungen des AN verlangen.

Nach Abschluss der täglichen Baumaßnahmen ist auf Ordnung und Sauberkeit der Baustelle zu achten.

Alle diesbezüglichen Mehraufwendungen sind in die EP einzukalkulieren.

Im Rahmen der Auftragserteilung wird der Termin für die Bauanlaufberatung durch den Auftraggeber festgelegt.

Der Baubeginn ist dem AG schriftlich anzuzeigen.

Jeweils bei Abweichungen hat der AN unverzüglich einen neuen berichtigten Bauzeitenplan vorzulegen.

3.15 Verkehrsführung

Zufahrtwege für Feuerwehr-, Rettungs-, Polizei- und sonstige Hilfsfahrzeuge sind ständig freizuhalten.

Die Bauausführung wird unter Aufrechterhaltung des Verkehrs in den angrenzenden Straßen realisiert.

In Anspruch genommener Verkehrsraum ist, wie vorgefunden, wiederherzurichten. Beseitigte Fahrbahnmarkierungen und Beschilderungen sind wiederherzustellen. Hierdurch entstehende Kosten werden nicht gesondert vergütet.

Vor Beginn der Arbeiten, die sich auf den Straßenverkehr auswirken, ist gemäß § 45, Abs. 6, der Straßenverkehrsordnung der Antrag für die Verkehrsrechtliche Anordnung durch den Bauunternehmer einzuholen, wie Arbeitsstellen abzusperren und zu kennzeichnen sind, ob und wie der Verkehr auch bei zeitweiser Straßensperrung, zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist.

Dazu ist ein Verkehrszeichenplan aufzustellen und von der o. g. Stelle genehmigen zu lassen. Alle verkehrseinschränkende Maßnahmen sind auf der Grundlage der StVO und der Verwaltungsvorschrift dazu sowie der RSA 1995 durchzuführen.

3.16 Unfallschutz

Die Sicherung der Baustellen und sonstige Aufwendungen zur Vermeidung von Gefährdungen der Bürger ist durch Absperrungen, Bauzäune und dergleichen durch den Auftragnehmer während der gesamten Bauzeit sowie auch bei Bauzeitenverlängerung oder -unterbrechung nach geltenden Bestimmungen aufrechtzuerhalten und ständig zu warten. Den Arbeitsschutz bei allen dieses Projekt betreffenden Arbeiten hat der Auftragnehmer in Eigenverantwortung entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften durchzusetzen.

Gemäß Baustellenverordnung fällt die unter die Aufsichtspflicht eines SiGe- Koordinators. Dieser vertritt die Belange des Auftraggebers auf der Baustelle und berät den AN bei Bedarf. Der AN ist verpflichtet, den SiGe-Koordinator alle notwendigen Informationen über den Bauablauf und Ausführung zu übermitteln.

Alle diesbezüglichen Mehraufwendungen sind in den EP einzukalkulieren.

Eine zentrale Erste-Hilfe-Station sowie weitere Anforderungen nach der Arbeitsstättenverordnung oder der Unfallverhütungsvorschrift „Erste Hilfe“ (BGVA 5) hat der AN einzurichten bzw. zu erfüllen. Der Ersthelfer muss vor Baubeginn im Alarmplan namentlich genannt werden. Jeder notwendige Ersthelfer muss seine Ausbildungsbescheinigung nach Aufforderung vorlegen.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze entsprechend § 12 BGV C22 und Verkehrswege ausreichend gesichert sind.

Der AN darf nur solche Maschinen und Geräte auf die Baustelle bringen, die die vorgeschriebenen Sicherheitsprüfungen aufweisen. Die Prüfbescheinigungen sind auf der Baustelle vorzuhalten.

3.17 Ausführung

Mit Beginn der Bautätigkeit hat ein namentlich zu benennender Vertreter des AN, Polier, ständig auf der Baustelle anwesend zu sein.

Das Gewässer einschließlich Ufer ist nach Wahl des AN vor zusätzlichen Beschädigungen und Verunreinigungen zu schützen.

3.18 Entsorgung von Aushub- und Abbruchmaterial

Für das Vorhaben hat die Prüftechnik Oberlausitz GmbH, Hermann- Schomburg- Str. 6k, 02694 Großdubrau, Ergebnisbericht-Nr.: P-087-06-23, v. 23.11.2023 Mischproben entnommen und ausgewertet.

Alle genauen Ergebnisse sind der beiliegenden Auswertung zu entnehmen.

Der gesamte Aushub ist nach den vorliegenden Ergebnissen sortiert **auf einer Bereitstellungsfläche** des AN, 2 x 300 t, zur Beprobung und anschließenden umgehenden Entsorgung/Verwertung auf Mieten zu lagern.

Nach dem Aufsetzen auf der Bereitstellungsfläche werden nochmals Bodenmischproben vom Haufwerk entnommen und hinsichtlich Schadstoffe/ Verwertungswege untersucht/ beprobt. Diese Untersuchungen veranlasst der AG.

Die Probenahme, Untersuchung und Auswertung erfolgten durch die unabhängige Umweltberatung Ullrich, Christian-Keimann-Straße 14, 02763 Zittau.

Auf Grundlage deren Ergebnisse erfolgt anschließend die fachgerechte Entsorgung/ Verwertung.

3.19 Kalkulation und Abrechnung

Abschlagsrechnungen sind regelmäßig gemäß vorliegenden Bautenstand zu stellen. Zu jeder Rechnung sind entsprechende Aufmaße und Mengenermittlungen beizufügen.

Die Mengenermittlung für die Abrechnung der Leistungen erfolgt nach Aufmaß und Ausführungszeichnungen. Mengen, die nach Längen- oder Flächenmaß abzurechnen sind, werden durch horizontale Messungen ermittelt.

Die Kosten hierfür werden nicht gesondert vergütet.

Stellt der AG Stoffe oder Bauteile, wird hierauf in der Position besonders hingewiesen. Zu beseitigende Materialien werden Eigentum des AN und sind fachgerecht zu entsorgen.

3.20 Vom Auftragnehmer zu beschaffende Ausführungsunterlagen

- Baustelleneinrichtungsplan,
- Beweissicherung,
- Darstellung und Aufzeichnung des betrieblichen Entsorgungsweges,
- Verkehrszeichenplan und Verkehrsrechtliche Anordnung,
- Schachtgenehmigungen,
- Wasserrechtliche Genehmigung für die bauzeitliche Wasserhaltung,
(nach der Technologie des AN)
- Freistellungserklärung der Eigentümer nach Fertigstellung der Maßnahme.

3.21 Protokolle, Dokumentenmappe

Dem Auftraggeber sind 10 Tage vor der Abnahme folgende Unterlagen sortiert in Ringordnern mit Inhaltsverzeichnis und Trennblättern zu übergeben:

1. Aufmaße/ Aufmaßzeichnungen
2. Bauzeitenplan, Änderungen der Ausführungsfristen
3. Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan
4. Verkehrsrechtliche Anordnung
5. Genehmigungen und Zustimmungen
(*Schachtscheine, Eigentümer, TÖB, bauzeitliche Wasserhaltung*)
6. Freistellungserklärungen von Grundstückseigentümern
7. Fachunternehmererklärung
(*einschließlich aller Nachunternehmer*)
8. Verzeichnis aller Nachunternehmer
9. Fertigstellungsanzeige
10. Abnahme, Übergabeprotokolle
11. Prüfprotokolle, Nachweise, Eigenüberwachung
12. Verwertungs- und Entsorgungsnachweise
13. Bautageberichte
14. Beweissicherung
15. Fotodokumentation
16. Bestandsvermessung
17. Kopie Vertragserfüllungs- und oder Gewährleistungsbürgschaft

3.22. Technische Vertragsbedingungen

Anzuwendende Normen

Die Ausführung erfolgt nach einschlägigen Vorschriften, DIN-Normen und Richtlinien, weiterhin der ZTV-ING, ZTV-W sowie den allgemein anerkannten Regeln der Technik.

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Wasserbau, ZTV-W

ZTV-W	Technische Bearbeitung	(LB 202)
ZTV-W	Erdarbeiten	(LB 205)
ZTV-W	Nassbaggerarbeiten	(LB206)
ZTV-W	Landschafts- und Lebendbau	(LB 207/211)
ZTV-W	Wasserhaltung	(LB 208)
ZTV-W	Böschungs- und Sohlensicherungsarbeiten	(LB 210)
ZTV-W	Dränarbeiten	(LB 212)
ZTV-W	Wasserbauwerke aus Beton und Stahlbeton	(LB 215)
	Technische Lieferbedingungen für Wasserbausteine	TLW 2003